



Wir sind zu Koalitionsverhandlungen bereit „Élysée-Vertrag“ – Meilenstein der deutsch-französischen Freundschaft

Wir haben die Sondierungsgespräche mit der SPD nach intensiven Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Mit dem 28-seitigen Sondierungspapier ist eine gute Grundlage für eine erneute Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre gelegt. Nachdem wir in der Fraktion, aber auch in den Parteigremien von CDU und CSU eine breite Zustimmung zu diesem Ergebnis gefunden haben, wird die SPD am kommenden Sonntag darüber auf einem Parteitag beraten.

Das Sondierungsergebnis ist ein Geben und Nehmen für beide Seiten – auch uns ist einiges schmerzlich wie etwa die Absicherung des Rentenniveaus bis 2025 auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent, die Wiedereinführung der Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung oder das Recht auf befristete Teilzeit in begrenzter Form in Unternehmen ab 45 Mitarbeitern. Darüber hinaus haben sich die Sozialdemokraten weitergehenden Entlastungen der unteren und mittleren Einkommen und der Familien verweigert.

An dem Kompromiss, den wir am 12. Januar vorgestellt haben, gibt es nichts mehr nachzuverhandeln. Wir sind alle aufgerufen, nach vorne zu schauen und uns an die Arbeit zu machen. Es geht um die Modernisierung Deutschlands, z.B. bei der Digitalisierung oder bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, um die Stärkung der inneren und äußeren sowie der sozialen Sicherheit – das ist unsere Agenda für die kommenden vier Jahre.

Hass und Ablehnung gegen Menschen jüdischen Glaubens wegen ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Abstammung ist gerade für uns Deutsche unerträglich. Auf Initiative

unserer Fraktion nehmen wir den bevorstehenden Holocaust-Gedenktag am 27. Januar zum Anlass, um vor dem Hintergrund erschreckender antisemitischer Vorfälle in jüngster Zeit mit einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ein klares Zeichen gegen jede Form von Antisemitismus in unserem Land zu setzen.

Der größte Teil der antisemitischen Delikte ist zwar weiterhin rechtsextrem motiviert. Wir erleben dazu aber verstärkt einen arabischstämmigen Antisemitismus, wie jüngst bei antiisraelischen Kundgebungen vor dem Brandenburger Tor, dem wir uns klar und deutlich entgegenstellen – gleichgültig, ob er strafbar ist oder nicht. Wir werden einen durch Zuwanderung erstarkenden Antisemitismus ebenso wenig dulden wie seine bestehende Formen in Deutschland. In diesem Zusammenhang wollen wir das Straf- und Versammlungsrecht prüfen, ob es ausreichende Handhabe gegen das Verbrennen israelischer Fahnen und antisemitische Ausschreitungen im Rahmen von Versammlungen gibt. Auch setzen wir uns für die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung ein, der Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus koordinieren soll.

Der 22. Januar 2018 ist der 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags („Élysée-Vertrag“) durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles de Gaulle. Dieser Vertrag und die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich nach einem Jahrhundert mit drei Kriegen zwischen beiden Ländern stellen eine der überragenden Leistungen des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers dar.

Die Präsidien des Deutschen Bundestags und der Französischen Nationalversammlung haben entschieden, an diesem Tag Sondersitzungen der beiden Parlamente einzuberufen. Vormittags tagt der Bundestag in Berlin, am Nachmittag die Nationalversammlung in Paris. In der Debatte im Bundestag wird dabei der Präsident der Nationalversammlung François de Rugy sprechen, in der Debatte in Paris unser Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble.

Wir werden eine gemeinsame Resolution der beiden Parlamente verabschieden, mit der wir die Bundesregierung und die französische Regierung auffordern, einen erneuerten Élysée-Vertrag zu erarbeiten. Zudem soll ein „Deutsch-Französisches Parlaments-Abkommen“ vorbereitet und im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Die deutsch-französische Freundschaft ist und bleibt eine unumstößliche Richtlinie unserer Außen- und Europapolitik.

Die Woche im Parlament

Einsetzung von Ausschüssen. Mit unserem Einsetzungsantrag definierten wir die Aufgaben und die Größen der ständigen Ausschüsse. Neben Ausschüssen mit besonderem parlamentarischen Bezug wie dem Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung werden Fachausschüsse eingesetzt, die vor allem für die Gesetzgebungsarbeit wichtig sind. Dabei entspricht jedem Ressort ein Ausschuss. Das gewährleistet eine optimale und stringente Kontrolle und Begleitung des Regierungshandelns. Diesem Muster folgen auch Ausschüsse für Ressort-Teilbereiche wie Tourismus oder Sport.

Zehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung. Zur Angleichung der Bußgeldbewehrung bei Verstößen gegen EU-Sanktionsvorschriften zu Nordkorea beraten wir über die 10. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (AWV). Dabei handelt es sich um eine rein technische Anpassung der AWV an novelliertes EU-Recht. Sämtliche bisher gegen die Demokratische Volksrepublik Korea beschlossenen restriktiven Maßnahmen wurden in der neuen EU-Verordnung in konsolidierter Form zusammengefasst und neu gegliedert.

Gesunde Ernährung – Für ein gutes Leben.

Wir haben den Eröffnungstag der Internationalen Grünen Woche zum Anlass genommen, aktuelle Entwicklungen in der Ernährungs- und Landwirtschaftsbranche anzusprechen, etwa die neuesten Erkenntnisse des Ernährungsreports 2018 der Bundesregierung. Auch die Zwischenbilanz des Nationalen Aktionsplans „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und Bewegung“ werden wir in diesem Zusammenhang vorstellen. Wir stehen als Union gegen eine Bevormundung der Bürger und für Aufklärungs-, Bildungs- und Informationsmaßnahmen. Auf deren Grundlage sollen sich Menschen selbst für die zu ihnen passende, gesunde Ernährung und ein bewusstes Konsumverhalten entscheiden. Ziel ist es, dem Verbraucher durch volle Transparenz in der gesamten Lebensmittelkette eine eigenverantwortliche und sachkundige Entscheidung zu ermöglichen.

Antisemitismus entschlossen bekämpfen.

Deutschland hat eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Wir bekräftigen mit diesem Antrag, dass Antisemitismus in Deutschland keinen Platz hat und die uneingeschränkte Akzeptanz jüdischen Lebens in Deutschland auch als ein Maßstab für gelungene Integration gilt. Deshalb fordern wir die Bundesregierung u.a. dazu auf, einen Antisemitismusbeauftragten einzusetzen, die Antisemitismusprävention auf Bundesebene zu verstetigen sowie das Straf- und Versammlungsrecht auf ausreichende Befugnisse der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden hin zu überprüfen. Zudem soll untersucht werden, ob Integrationskurse die Problematik des Antisemitismus ausreichend vermitteln. Damit greifen wir wesentliche Forderungen auf, die der zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus in seinem Bericht im Frühjahr 2017 erhoben hat.

Zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2018.

Die Europäische Kommission (KOM) hat ihr Arbeitsprogramm für 2018 mit dem Titel „Agenda für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa“ im Oktober 2017 veröffentlicht. Uns war es ein besonderes Anliegen, dieses Arbeitsprogramm im Deutschen Bundestag und damit vor der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Die Schwerpunkte des Programms richten sich nach den zehn politischen Prioritäten der Kommission und sollen gleichzeitig eine Vision für die Zukunft der EU27 nach dem Austritt des

Vereinigten Königreichs darstellen. Wir debattierten dieses Arbeitsprogramm unter besonderer Beachtung der vorgeschlagenen institutionellen Veränderungspläne, wie etwa der Einrichtung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers und einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde sowie der Personalunion der Präsidenten der KOM und des Europäischen Rats.

Einsetzung eines 1. Untersuchungsausschusses. Der Anschlag, den der islamistische Attentäter Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche am Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 ausführte, kostete zwölf Menschen das Leben. 55 Personen wurden zum Teil schwer verletzt, als Amri einen Sattelzug auf den Weihnachtsmarkt lenkte. Um besser nachvollziehen zu können, wie es zu dieser widerwärtigen Tat kommen konnte, richten wir den ersten Untersuchungsausschuss dieser Wahlperiode ein. Dieser erhält im Rahmen des Zulässigen den Auftrag zu einer umfassenden Sachverhaltsaufklärung.

Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten. In 1. Lesung haben wir in dieser Woche den Gesetzentwurf zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten beraten. Wir setzen das Sondierungsergebnis damit ein zu eins um. Der Familiennachzug bleibt bis zum Inkrafttreten der in den Sondierungen vereinbarten Neuregelung, die bis zum 31. Juli 2018 verabschiedet werden soll, ausgesetzt. Daneben bleibt es beim Familiennachzug zu Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK). Denn nicht vergessen werden darf, dass etwa zwei von drei (teil-)anerkannten Flüchtlingen, nämlich rund 500.000 GFK-Flüchtlinge, schon heute einen Anspruch auf Familiennachzug haben.

Daten und Fakten

55 Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW) – ein Erfolg deutsch-französischer Zusammenarbeit. Seit der im Élysée-Vertrag vereinbarten Gründung im Jahr 1963 hat das DFJW mittlerweile über 8,4 Mio. jungen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an etwa 320.000 Austauschprogrammen und Begegnungen ermöglicht. Mittlerweile nehmen jedes Jahr etwa 200.000 Jugendliche aus beiden Staaten an

den ca. 9000 Projekten des DFJW teil, die zu gleichen Teilen von der deutschen und französischen Regierung gefördert werden. Dieser rege Austausch leistet einen großen Beitrag zur Intensivierung der Beziehungen zwischen jungen Menschen in Deutschland und Frankreich sowie zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses der Kultur des Nachbarlandes. Die Diensträume des DFJW wurden ursprünglich in Rhöndorf bei Bonn eröffnet, dem damaligen Wohnort Konrad Adenauers – heute befinden sie sich in Berlin.
Quelle: Deutsch-Französisches Jugendwerk

Deutsche Wirtschaft wächst auch im Schlussquartal 2017 kräftig. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland legte im vergangenen Jahr um insgesamt 2,2% zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft das 8. Jahr in Folge gewachsen und erreichte den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit 2011. Getragen wurde die gute konjunkturelle Lage vor allem von der Kauflust der Verbraucher und den gestiegenen Investitionen vieler inländischer Unternehmen. Zugleich sorgte die Erholung der Weltwirtschaft für steigende Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“, so dass Deutschlands Exporteure um 4,7% höhere Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen verbuchen konnten als noch im Vorjahr. *Quelle: Statistisches Bundesamt*



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info